



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 2. Mai 2023
(OR. en)

8863/23

**Interinstitutionelles Dossier:
2023/0079(COD)**

**COMPET 380
IND 202
MI 348
POLCOM 72
WTO 58
RELEX 519
RECH 154
CODEC 739**

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020 – Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020 im Hinblick auf die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 22. Mai 2023.

Vermerk des Vorsitzes für die Orientierungsaussprache über die Verordnung zu kritischen Rohstoffen**auf der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 22. Mai**

Die EU hat einen Weg beschritten, auf dem sie bis spätestens 2050 klimaneutral werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die EU eine breite Palette klimaneutraler Technologien, für die kritische und strategische Rohstoffe benötigt werden, entwickeln und hervorbringen. Kritische und strategische Rohstoffe stehen am Anfang vieler industrieller Lieferketten. Sie werden nicht nur für den grünen und den digitalen Wandel gebraucht, sondern auch zur Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Wahrung unserer Resilienz und Sicherheit. Diese Rohstoffe sind auch für strategische Sektoren wie Gesundheit, Weltraum und Verteidigung unverzichtbar. Unterbrechungen der Lieferkette haben möglicherweise erhebliche negative Auswirkungen auf die Industrie und die Sicherheit der EU sowie auf die Erreichung ihrer politischen Ziele.

Die Nachfrage nach kritischen Rohstoffen ist so hoch wie nie zuvor. Aufgrund der massiven weltweiten Investitionen in saubere Technologien, des digitalen Wandels und des infolge der Invasion Russlands in die Ukraine gestiegenen Verteidigungsbedarfs dürfte die Nachfrage in den kommenden Jahren sprunghaft ansteigen. Die weltweite Gesamtnachfrage nach Mineralien wird sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln bis vervierfachen, und die derzeitige Nachfrage nach Rohstoffen für Batterien wie Lithium dürfte bis zu 42-mal höher ausfallen. Darüber hinaus wird die Nachfrage nach Seltenerdmetallen, etwa Neodym, Dysprosium und Praseodym – die für die Herstellung von Dauermagneten benötigt werden, die wiederum in Windturbinen und Elektrofahrzeugen zum Einsatz kommen – im Zeitraum 2020-2030 schätzungsweise um ungefähr 250 % steigen.

Gegenwärtig ist die EU stark von der Einfuhr kritischer Rohstoffe abhängig. Die weltweite Produktion kritischer Rohstoffe konzentriert sich in hohem Maße in einigen wenigen Ländern. So ist die Abhängigkeit der EU von China beispielsweise bei leichten Seltenen Erden, schweren Seltenen Erden, Gallium und Magnesium sehr hoch (über 90 %). Ferner wird die Nachfrage der EU nach Dauermagneten zu 98 % durch Einfuhren aus China gedeckt. Die EU ist auch stark von einigen wenigen Ländern abhängig, wenn es um die Verarbeitung und Raffination von Rohstoffen geht: So kontrolliert China beispielsweise 56 % der weltweiten Kapazitäten an raffiniertem Lithium und 58 % im Fall von raffiniertem Mangan, und in der Demokratischen Republik Kongo wird 63 % des weltweit für Batterien verwendeten Kobalts gewonnen, wobei 60 % in China raffiniert wird. Südafrika deckt 71 % des Bedarfs der EU an Metallen der Platingruppe, und die Türkei 98 % der Nachfrage der EU nach Borat. Einige dieser Länder teilen jedoch die Werte Europas nicht oder sie werden den europäischen Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards nicht gerecht. Dies unterstreicht, dass wir nach anderen Formen der Zusammenarbeit suchen und die Handelsbeziehungen der EU zu zuverlässigen Partnern ausbauen müssen, etwa im Rahmen von Freihandelsabkommen oder strategischen Partnerschaften.

Kritische Rohstoffe sind zu einem Teil eines geopolitischen Schachspiels geworden, in dem die EU eine gewichtige Rolle einnehmen muss. Es ist offensichtlich, dass die Quellen kritischer Rohstoffe diversifiziert und die Versorgungssicherheit gewährleistet werden müssen, damit die europäische Industrie davon profitiert und sichergestellt werden kann, dass die EU ihre klimabezogenen und digitalen Ziele erfüllen und ihren Verteidigungsbedarf decken kann. Zu diesem Zweck muss sich die EU auf die Diversifizierung ihrer Einfuhren konzentrieren, aber auch auf die Stärkung ihrer eigenen Kapazitäten in den Bereichen Gewinnung, Verarbeitung und Recycling kritischer Rohstoffe.

Trotz großer Lagerstätten und in Betrieb befindlicher Bergwerke spielt die EU bei der Gewinnung, der Verarbeitung und dem Recycling kritischer und strategischer Rohstoffe nur eine geringe Rolle. Die Recyclingquote liegt bei vielen Rohstoffen unter 1 %. Die EU verfügt zwar über geologisches Potenzial, jedoch findet in Europa im Allgemeinen keine ausreichende Exploration statt; dies hat zahlreiche Gründe, zu denen etwa auch der große Regelungsaufwand gehört. So werden nur 2 % der weltweiten Investitionen in die Exploration in den EU-Mitgliedstaaten getätigt. Dieser Bereich birgt ungenutztes Potenzial. Seit 2018 sammelt die Kommission gemeinsam mit Vertretern der Mitgliedstaaten (den Mitgliedern der EU-Gruppe Rohstoffversorgung) Informationen über Projekte zu kritischen Rohstoffen. Die Datenbank enthält gegenwärtig Daten über Reserven und Ressourcen aus 22 Ländern zu 26 kritischen Rohstoffen und sieben weiteren Rohstoffen. Der größte Engpass für die Einleitung von Förderprojekten der EU sind die langwierigen, fragmentierten und unvorhersehbaren Genehmigungsverfahren. Investitionen werden auch dadurch behindert, dass die Exploration mineralischer Ressourcen in Europa unzureichend ist, Unstimmigkeiten zwischen umweltpolitischen und investitionsfördernden politischen Maßnahmen bestehen und die öffentliche Akzeptanz des Bergbaus niedrig ist.

Um diese Probleme anzugehen und eine sichere, diversifizierte und nachhaltige Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen zu gewährleisten, hat die Europäische Kommission am 16. März eine Mitteilung und eine Verordnung zu kritischen Rohstoffen vorgelegt. Die externe politische Dimension wird weitgehend in der Mitteilung behandelt, während die Verordnung die Dimensionen in Bezug auf den Binnenmarkt und die Industrie betrifft.

Die Verordnung zu kritischen Rohstoffen stützt sich auf vier Säulen. Erstens wird vorgeschlagen, die Liste kritischer Rohstoffe und eine neue Liste strategischer Rohstoffe in den Rahmen der Verordnung aufzunehmen und sie somit rechtlich zu kodifizieren. Ferner werden in der Verordnung Richtwerte vorgeschlagen, um die Kapazitäten für die Gewinnung, die Verarbeitung und das Recycling kritischer Rohstoffe zu verbessern und um die Diversifizierungsbemühungen zu lenken. Zweitens enthält die Verordnung Vorschläge für neue Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Kapazitäten für kritische Rohstoffe entlang der gesamten Wertschöpfungskette, wie einen neuen Rahmen für die Auswahl und Durchführung strategischer Projekte, die von gestrafften Genehmigungsverfahren profitieren können, und es werden nationale Anforderungen an die Entwicklung von Explorationsprogrammen in Europa festgelegt. Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, für alle Projekte im Zusammenhang mit kritischen Rohstoffen eine einzige Anlaufstelle für alle relevanten Genehmigungen einzurichten. In der Verordnung wird auch eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, um das Recycling und die Verwertung kritischer Rohstoffe mit Blick auf die Sicherung der europäischen Kapazitäten zu steigern. Drittens werden in der Verordnung Maßnahmen zur Verbesserung der Vorsorge der EU und zur Minderung von Versorgungsrisiken festgelegt. Schließlich wird eine gemeinsame Leitungsstruktur in Form eines Ausschusses eingerichtet, der bei der Umsetzung der in der Verordnung vorgesehenen Maßnahmen Beratung leisten und die Maßnahmen koordinieren und ferner strategische Partnerschaften der EU mit Drittländern erörtern soll.

Eine Herausforderung in der Bergbauindustrie ist die Tatsache, dass der Standort von Gesteinsvorkommen das Ergebnis geologischer Prozesse ist und die Mineralvorkommen daher – im Gegensatz zu sonstigen Industrietätigkeiten – nicht verlagert werden können. Es gibt stets konkurrierende Interessen, wenn eine neue Bergbaustätte vorgeschlagen oder eine Exploration durchgeführt wird. Damit die Verordnung zu kritischen Rohstoffen ihre Ziele erfüllen kann, muss das richtige Gleichgewicht zwischen verschiedenen – gelegentlich auch gegensätzlichen – Interessen gefunden werden, damit die Produktion in der EU gesteigert und gleichzeitig hohe Umweltstandards eingehalten werden können. Die Abmilderung nachteiliger – ökologischer oder sozialer – Auswirkungen ist für Projekte in Drittländern in gleichem Maße von Bedeutung.

Die Ministerinnen und Minister werden ersucht, sich zu folgenden Fragen auszutauschen:

- Sind die in der Verordnung zu kritischen Rohstoffen vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend, damit das von der Kommission vorgegebene ehrgeizige Ziel eines Ausbaus der Kapazitäten der EU in den Bereichen Gewinnung, Verarbeitung und Recycling erfüllt wird?
 - Wird mit dem Kommissionsvorschlag ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen – etwa zwischen den Umweltstandards und der Notwendigkeit, die Gewinnung, die Verarbeitung und das Recycling kritischer und strategischer Rohstoffe in der EU auszuweiten – hergestellt?
 - Wie kann die gesellschaftliche Akzeptanz des Bergbaus in den EU-Mitgliedstaaten gesteigert werden?
-